



19.03.2023

Pressemitteilung

der Wyker Grünen zum Sylter Beherbergungskonzept (IB vom 18.3.23)

Die Fraktion der Grünen begrüßt den Vorstoß der Gemeinde Sylt, mit Hilfe eines Beherbergungskonzeptes den Neubau von Ferienwohnungen verhindern zu wollen.

In genau diese Richtung geht es im Wyker Bauausschuss bereits seit Jahren, und zwar quer durch alle Fraktionen. Verordnungen, Gesetze und Erlasse sind allerdings nur dann sinnstiftend, wenn ihre Einhaltung auch überprüft werden kann und Verstöße sanktioniert werden. Aber genau darin liegt auf allen drei Nordseeinseln das Problem: Baurechtsverstöße werden zwar oft gemeldet, aber sie werden von der allein dafür zuständigen Behörde, dem Kreisbauamt, wegen Personalmangels nicht geahndet - zumindest nicht bei „Normalverstößen“. Nur wenn es um gravierende Mängel beispielsweise in der Statik oder beim Brandschutz geht, müssen Architekten und Investoren damit rechnen, dass sie Ärger bekommen. Für Kommunalpolitiker*innen und Bauamtsmitarbeiter*innen ist es frustrierend, immer wieder mit ansehen zu müssen, mit welcher Ignoranz die eigenen Beschlüsse und Verfügungen vorsätzlich missachtet werden, weil die Missetäter in der wohligen Gewissheit handeln, dass ihnen keine Sanktionen drohen.

Wenn nun Herr Jansen vom Kreisbauamt bekundet, dass „[...] der Kreis mögliche Fehlnutzungen in touristischen Hotspots streng kontrollieren würde und extra zusätzliche Mitarbeiter eingestellt habe [...]“ (IB vom 18.3.23), so gibt das Anlass zu Hoffnungen. Auch Herr Jansens Zusage, der Fokus liege zwar auf Sylt, „[...] aber wer meint, auf Föhr damit durchzukommen, der kann sicher sein, dort erwischen wir ihn auch [...]“ wäre uneingeschränkt begrüßenswert, wenn auch Amrum erwähnt worden wäre.

Vor dem Hintergrund dieser lang ersehnten Zusage aus Husum sollte sich die Wyker Stadtvertretung dem Beispiel der Gemeinde Sylt anschließen und umgehend ein eigenes Beherbergungskonzept auf den Weg bringen. Einen entsprechenden Antrag dazu haben wir heute in die städtischen Gremien eingebracht. Den unerträglichen Rechtsverstößen im Bausektor müssen endlich wirkungsvolle Riegel vorgeschoben werden. Auch für Architekten und Bauherren muss es spürbar werden, wenn sie die Regeln missachten.

Das gemeinsame Ziel der drei Nordseeinseln sollte es sein, dass sich auch gering- und normalverdienende Insulaner*innen wieder eine Wohnung auf ihren Inseln leisten können. Da der Platz aber begrenzt ist, muss der Ferienwohnungsbau mit sehr engen Grenzen versehen und die Umwidmung von Dauer- in Ferienwohnungen gestoppt werden.

Dirk Hartmann

Fraktionsvorsitzender der Wyker Fraktion
